

## Positionspapier des 7. Niedersächsischen Stahldialoges am 16. September 2025





Die Stahlindustrie steht am Beginn zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten. Sie liefert essenzielle Materialien für Schlüsselbranchen von der Automobil- und Bauindustrie bis hin zur Energieversorgung und Verteidigungsindustrie. Die niedersächsischen Stahlunternehmen stehen für sichere Arbeitsplätze und sind Frontrunner bei Klimaschutz und Energieeffizienz.

Die heimische Stahlindustrie steht angesichts einer angespannten wirtschaftlichen Lage, weltweiter Stahl-Überkapazitäten und fehlender Handelsschutzmaßnahmen sowie weiterhin nicht wettbewerbsfähiger Energiekosten vor großen Herausforderungen und dies mitten in der Transformation. Vor diesem kritischen Hintergrund rufen die Teilnehmer des 7. Niedersächsischen Stahl Dialoges dazu auf, jetzt die regulatorischen Rahmenbedingungen anzupassen und sich stärker für internationale Handelsabkommen einzusetzen. Bezugnehmend auf das Positionspapier vom 6. Niedersächsischen Stahlgipfel am 2. September 2024, müssen nun folgende, den neuen Rahmenbedingungen angepasste Maßnahmen im Mittelpunkt stehen:

#### Konsequenter Handelsschutz:

- Die Leistungsfähigkeit der heimischen Stahlhersteller ist durch weltweit bestehende Stahl-Überkapazitäten im Zusammenwirken mit einseitigen, WTO-inkompatiblen Protektionszöllen (bspw. 50% Zölle auf Stahleinfuhren in die USA) bedroht.
- Die im Europäischen Aktionsplan für Stahl und Metalle (EASM) angekündigte Weiterentwicklung der Handelsschutzinstrumente, insbesondere die langfristige Anschlussregelung für die im Juni 2026 auslaufenden Safeguard-Maßnahmen, müssen zeitnah umgesetzt werden. Zwischenschritt auf dem Weg zu fairem Welthandel im Sinne der WTO-Regeln muss ein permanentes Zollkontingentsystem sein, welches sich an den Importmarktanteilen aus der Zeit 2012 bis 2014 orientiert, also vor Umlenkung von Überkapazitäten und Dumping im großen Stil.
- Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich umgehend gegenüber der EU-Kommission für eine Bezollung der Importe aus Russland von monatlich rund 300.000 Tonnen an Halbzeugen (Brammen) und Werkzeugstahl in die EU einzusetzen.

#### Wirksamer Carbon Leakage Schutz:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission und im EU-Rat für einen effektiven CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (CBAM) einzusetzen. Bis spätestens 1. Januar 2026 braucht es Lösungen für Umgehungsstrategien außereuropäischer Marktteilnehmer (z.B. Ressource Shuffling), eine Ausweitung des CBAM-Schutzes auf nachgelagerte stahlintensive Produkte und die Freistellung der Exporte von CO<sub>2</sub>-Kosten, um sie auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu halten (Exportlösung). Sollte dies bis dahin nicht der Fall sein, sollte sich die Bundesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag für einen Erhalt der Freizuteilungen einsetzen, bis ein funktionierender CBAM-Mechanismus in Kraft ist.

#### Wettbewerbsfähige Stromkosten:

- Der EASM sowie der Action Plan for Affordable Energy der EU-Kommission müssen nun schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte daher eine langfristig



tragfähige Industriestrompreis-Lösung von „all in“ 3 bis 6 Cent/kWh beschließen, also unter Einschluss der Netzentgelte sowie aller Abgaben und Umlagen. Dies beinhaltet die im Koalitionsausschuss der Bundesregierung vereinbarte teilweise Übernahme der Übertragungsnetzentgelte in Höhe von 6,5 Mrd. € als ersten Schritt in die notwendige Richtung. Diese muss über das Jahr 2026 hinaus langfristig rechtlich abgesichert werden.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission im Rahmen des aktuellen Beihilferahmen-Reviews dafür einzusetzen, dass die CO<sub>2</sub>-Strompreiskompensation in den nächsten Jahren uneingeschränkt dem Grunde und der Höhe nach erhalten bleibt. Die Verpflichtungen zur Reinvestition in immer neue ökologische Gegenleistungen sollten dabei aufgehoben werden, da Letztere drohen, das Ziel eines Carbon Leakage-Schutzes auszuhöhlen.

#### Voraussetzungen für einen Wasserstoff-Markthochlauf schaffen und Risiken überbrücken:

- Die Teilnehmer des Stahldialogs fordern die Bundesregierung auf, eine frühzeitige und verlässliche Verlängerung der Strompreiskompensation über 2030 hinaus sowie der zwanzigjährigen Stromnetzentgeltbefreiung für Elektrolyseure vorzunehmen.
- Zudem müssen eine fristgerechte Fertigstellung des Wasserstoff-Kernetzes sichergestellt und staatliche Absicherungsinstrumente für den Wasserstoffbezug eingeführt werden.
- Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung bei der Kommission für eine Verlängerung der Übergangszeiträume der Grünstromkriterien (RED II) sowie den raschen Ausbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur in Europa einzusetzen.

#### Marktanreize für zunehmend emissionsarme Stahlprodukte, Sondervermögen:

- In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen, schwacher Konjunktur und zunehmender Wettbewerbsverzerrungen durch Drittstaaten ist es zielführend, öffentliche Mittel für den industriellen Umbau zur Klimaneutralität, die ökonomische Resilienz und zum Erhalt strategischer Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa verstärkt zu nutzen (Local Content). Der öffentlichen Hand kommt eine Schlüsselrolle zu, da sie über ihre Beschaffung und gezielte Marktanreize Nachfrage und Innovationen in Deutschland anstoßen kann.
- Die Regulatorik auf nationaler und europäischer Ebene sollte gezielt auf Resilienz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, indem bei Grundstoffen wie Stahl, die Produktion in Deutschland und der EU berücksichtigt sowie Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden. Ihre Einhaltung ist dabei über durch die Branche etablierte Standards nachzuweisen, bei Stahl durch den Low Emission Steel Standard (LESS).

Ausschreibungen auf Grundlage des Sondervermögens sollten für in Deutschland und der EU produzierte Stahlprodukte – möglichst emissionsarm entsprechend ihrer Marktverfügbarkeit – genutzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Vergabebesleunigungsgesetz entsprechende Anforderungsprofile festzulegen.